

Besuchsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

## Die fünfte Ohrfeige.

### Aus den eigenen Reihen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht bei der Betrachtung des Ergebnisses der Aktion der Reichsregierung in der Kriegsschuldfrage von gewissenloser Opposition. Sie meint mit gewissenloser Opposition nicht die gegen die Sicherheitspolitik der Regierung gerichtete Sabotage aus deutschnationalen Parteikreisen in der Vergangenheit. Sie meint auch nicht den verächtlichen und lächerlichen Brief des Reichsinnenministers Schiele, der Herrn Schiele vor den eigenen Parteigenossen entlastet und die Verantwortung für die Sicherheitspolitik des Kabinetts von den deutschnationalen Ministern abwälzen sollte. Schließlich zielt sie mit dem Vorwurf der gewissenlosen Opposition auch nicht auf jene deutschnationalen Treibereien in der jüngsten Vergangenheit, die die Presse der Deutschen Volkspartei zu erbitterter Abwehr veranlaßt haben.

Der Vorwurf der gewissenlosen Opposition wird von der „Deutschen Tageszeitung“ gegenüber der Presse der Linken erhoben, die nach dem Abschluß der Aktion offen ausspricht, was ist. Sie sagt:

„Auch wer etwa aus tatsächlichen Gründen gegen die deutsche Initiative Bedenken hatte, hätte wenigstens solche nationale Prinzipien zeigen müssen, um die Aktion der Regierung nicht nachträglich noch um ihre Wirkung zu bringen.“

Selbst die schärfste Kritik kann die Aktion der Regierung nicht mehr um die Wirkung bringen, die sie erzielt hat, so sehr es auch im Interesse Deutschlands erwünscht wäre, daß diese Wirkung aus der Welt geschafft werden könnte. Leider kann die Presse der Opposition den Schaden nicht reparieren, den eine gewissenlose Regierungspartei angerichtet hat.

Im übrigen versteht die deutschnationalen Presse recht gut, daß die Folge der Aktion in der Kriegsschuldfrage eine Gefährdung der deutschen Stellung ist. In der „Kreuz-Zeitung“ liest man:

„Wir sind an die Konferenz von Locarno wahrlich mit keiner Begeisterung herangegangen, aber wenn die Konferenz jetzt ohne Ergebnis bleibt, dann trägt in erster Linie die gesamte Demokratie und Sozialdemokratie die Schuld daran, weil sie aus innerpolitischen Gründen alles daran setzt, der rechtsgerichteten Reichsregierung Schwierigkeiten zu bereiten.“

Das ist die Furcht vor den Folgen und der Wunsch, die Verantwortung abzuwälzen von den Regierungsparteien auf die Opposition.

Dieser Versuch wird jedoch von vornherein zunichte gemacht durch eine kritische Darstellung der „Deutschen Zeitung“, die klar herausarbeitet, was die Aktion der Regierung in der Kriegsschuldfrage in Wahrheit bedeutet. Die „Deutsche Zeitung“ stellt fest:

„Unrichtig ist aber, daß durch die jetzige „Aktion“ der Reichsregierung irgend etwas gegenüber dem früheren Zustand geändert oder gebessert worden ist. Einseitig deutsche Erklärungen gegen die Schuldfrage sind bereits bei Abschluß des Versailler Vertrages selbst nicht nur abgegeben, sondern auch ratifiziert worden — und zwar in feierlichsten Dokumenten und in deutlicherer Form, als in der Verbalnote vom 26. v. M.; die Sachlage hat sich also durch die bloße Ueberreichung dieser Verbalnote gegenüber dem seit sechs Jahren bestehenden Zustand, dessen Befestigung das Hauptziel nationaler Politik war und ist, in keiner Weise geändert!“

Am 22. Juni 1919 wurde in Versailles eine — von Susan Bauer als damaligen Ministerpräsidenten gezeichnete — Note übergeben . . .

Genau wie jetzt wiederum England und Frankreich, so hat damals Clemenceau im Namen der alliierten Regierungen eine Anerkennung des deutschen Standpunktes abgelehnt. Während aber die deutsche Regierung entschlossen stand, die in den Roten England und Frankreichs neuerlich aufgestellte Behauptung, daß die Kriegsschuldfrage nicht durch die deutsche Regierung, sondern durch die alliierten Regierungen, erfolgte, niemals — er damals! — und sogar von dem Kabinett Bauer-Czernberg-Waller-Franken! — eine abermalige Bewehrung, und die bekannte Feststellung, daß durch den Gewaltakt, dem allein man sich beugen müsse, die Ehre des deutschen Volkes nicht berührt werde.“

Die „Deutsche Zeitung“ stellt auf Grund dieser Sachlage fest, daß der jetzt herbeigeführte Zustand „eine Verschlechterung ganz entscheidender Art“ bedeute. Das Kabinett Stresemann-Schiele muß sich von der „Deutschen Zeitung“ bescheiden lassen, daß es in nationalen Dingen weniger zuverlässig und weniger politisch klug gehandelt hat als das Kabinett Bauer-Czernberg-Waller-Franken. Der Tatbestand, auf den die „Deutsche Zeitung“ hinweist, ist von uns vor der Aktion der Regierung mehrfach festgestellt worden. Trotzdem ist diese Aktion unternommen worden. Der Ohrfeige, die die „Deutsche Zeitung“ der Regierung, und vor allem der deutschnationalen Partei, verfehlt, haben wir nichts mehr hinzuzufügen.

## Mißtrauen in Paris.

### Infolge der von Westarp durchgeführten Vorschläge-Erklärungen.

Paris, 1. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der „Quotidien“ weist darauf hin, daß die Ministerkonferenz ungeachtet der Opposition der Deutschnationalen stattfinden werde. Die Manöver der Deutschnationalen, so schreibt das Blatt, hätten nicht ausgereicht,

um die Konferenz scheitern zu lassen. Sie hätten jedoch berechtigtes Mißtrauen in den französischen Linkskreisen entstehen lassen, die mit Recht sich die Frage stellen, ob die deutsche Regierung auf dem Wege, den sie sich vorgezeichnet hätte, fortzuschreiten in der Lage sei, ohne den deutschnationalen gefährliche Konzeptionen einzuräumen.

## Vanderveldes Optimismus.

### Rede des Außenministers auf dem Bezirksparteitag.

Brüssel, 1. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Ministerrat behandelte am Mittwoch nachmittag eingehend die auswärtige Lage, das Finanzproblem und die Stabilisierung. Am Abend machte Außenminister Vandervelde in der Brüsseler Kreisversammlung der Arbeiterpartei interessante Mitteilungen über die Pläne der Regierung. Diese sei fest entschlossen, den belgischen Franken im heutigen Werte zu stabilisieren und zwar durch Herstellung des Budgetgleichgewichts, was nach Ansicht der Regierung durch Sparmaßnahmen und neue Steuern auf tragfähige Schultern zu erreichen sei. Ferner beabsichtige man in England, Amerika und Holland zur Verteidigung der Bahna eine Anleihe aufzunehmen. Im geeigneten Augenblick würden die Sozialisten, so führte Vandervelde aus, unbedingt auf Verkürzung der Militärdienstzeit bestehen. Ueber die internationale Lage äußerte er sich mit großem Optimismus. Es sei kaum zweifelhaft, daß Deutschland innerhalb weniger Monate Mitglied des Völkerbundes sein werde und wenn, wie er zuversichtlich hoffe, der Sicherheitspakt bald Willkährt werde, dann werde auch Belgien seine militärischen Ausgaben wesentlich herabsetzen und dadurch das Finanzproblem und die Teuerungfrage glücklich lösen können.

## Die Schwierigkeiten für Locarno.

London, 1. Oktober. (E.P.) Die englischen Delegierten werden am Samstag nach Locarno abreisen. Man schätzt die Konferenzdauer hier auf etwa 14 Tage. „Daily Telegraph“ schreibt: Abgesehen davon, daß Deutschland die Haltung Rußlands in Betracht ziehen müsse, enthielten die vorgeschlagenen Punkte selbst noch viele Schwierigkeiten, wie z. B. die zeitliche Begrenzung des Vertrages und seine notwendig werdende Erneuerung, die Verschiedenheiten in der Auffassung Frankreichs und Deutschlands über die Art der Schiedsgerichts- und Vermittlungsverträge und den Einfluß der östlichen Abmachungen auf den Westpakt.

## Die Konferenzteilnehmer.

Die deutsche Abordnung reist morgen, Freitag, abend nach Locarno. Sie besteht aus dem Reichsminister Luthardt, dem Außenminister Dr. Stresemann, den Staatssekretären Kempner und v. Schubert sowie den Ministerialdirektoren Gaus und Kiep. Generalsekretär der Abordnung ist Legationssekretär Redelhammer.

London, 1. Oktober. (E.P.) Die englische Delegation wird folgende Zusammensetzung haben: Chamberlain, Cecil Hurst, Compson, Selby, Kabinettschef Chamberlains, und Bognott.

Paris, 1. Oktober. (E.P.) Die französische Delegation wird bestehen aus: Briand, Philippe Berthelot, Generalsekretär am Quai d'Orsay, Léger, Kabinettschef Briands, Fromageot, juristischer Sachverständiger am Quai d'Orsay, und Ruffignol, Sekretär der Botschaftskonferenz.

Paris, 1. Oktober. (E.P.) Aus Rom wird gemeldet: Nach offiziellen Informationen wird Mussolini wegen des großen jüdischen nationalen Kongresses endgültig auf die Teilnahme an der Locarno-Konferenz verzichtet. Italien wird durch Unterstaatssekretär Grandi, Baron Romano Azzolina, den Botschafter in Paris und Marquis della Torretta, Botschafter in London, vertreten sein. Es ist jedoch nicht unwahrscheinlich, daß Mussolini zur Unterzeichnung des Paktes auf der Konferenz erscheinen wird.

## Einigung in Washington.

### Ueber Frankreichs Schuldentilgung.

Paris, 1. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Aus Washington wird gemeldet, daß es zwei von der amerikanischen und französischen Delegation eingesetzten Unterkommissionen gelungen sei, zu einer Einigung in der Schuldfrage zu gelangen und ein Abkommen über die Regelung der französischen Schulden an Amerika fertigzustellen. Dieses Abkommen, dessen Einzelheiten noch nicht bekannt sind, sieht folgendes vor: die ersten fünf Jahre französische Jahreszahlungen von 40 Millionen Dollar, die nächsten sieben Jahre Jahreszahlungen von 60 Millionen Dollar und von da ab durch fünfzig Jahre jährlich 100 Millionen Dollar. Von amerikanischer Seite sei Frankreich auch eine seine Zahlungsfähigkeit schützende Klausel zugesichert worden, die Revision bzw. Aushebung der Jahreszahlungen vorsieht für den Fall, daß deren Entrichtung erhebliche finanzielle Schwierigkeiten für Frankreich zur Folge haben würde. Dieses Abkommen, das in erster Linie dank der Jugoslawien-Verträge Amerikas zustande gekommen zu sein scheint, werde heute, Donnerstag, der Plenarsitzung vorgelegt werden; ihre Genehmigung scheint bereits gesichert zu sein. Danach soll das Abkommen vom Präsidenten Coolidge unterzeichnet werden. — Calhoun läßt die Meldung dementieren, wonach er die Ansicht hätte, in Amerika Verhandlungen über Aufnahme einer neuen Anleihe zu führen.

Die französische Mission mit Calhoun reist Freitag abend auf dem Dampfer „France“ nach Frankreich zurück.

## Hölle auf Erden.

### Die Zustände im Braunkohlrevier.

Von C. Tollmershaus.

Der südliche Teil der Provinz Brandenburg, die Niederlausitz, ist der industriereichste und kann sich in dieser Beziehung mit den Industriegebieten anderer Teile in Deutschland messen. Vorherrschend sind die Textilindustrie und der Braunkohlbergbau. Letzterer ist besonders durch den Krieg und seine Folgen ungemein gewachsen. Industrien, die von der Kohle direkt abhängen, haben sich gebildet. Große mächtige Elektrizitätswerke sind entstanden, die ihre Energie nach allen Himmelsrichtungen ausstrahlen. Berlin ist einer der wichtigsten Verbraucher dieser Energie. Aber auch die chemische Industrie hat durch die Kohle in der Niederlausitz Eingang gefunden, so das Lautawerk im südlichsten Zipfel des Kreises Kalau. Dieses Werk stellt das „Lautal“ her, das, wie Fachleute behaupten, das beste Aluminium ist.

Was sich in den dortigen Braunkohlengruben abspielt, davon haben nur wenige Verbraucher der Kohlenprodukte eine Ahnung. Wenn sich der Stichter im kalten Winter hinter seinem Ofen, den er mit Briketts feuert, so recht mollig fühlt, kommt ihm wohl selten der Gedanke, unter welchen Verhältnissen das Urprodukt seiner Stubenwärme gewonnen wird. Bei zwölfstündiger Arbeitszeit, bei Wind und Wetter arbeitet der Bergmann bei einem Spitzlohn von 4,40 M. In der Vorkriegszeit erhielt der Bergarbeiter für einen Stundenlohn einen Zentner Briketts; jetzt erhält er für einen Stundenlohn einen halben Zentner.

Die Gewinnung der Braunkohle über Tage wird heute maschinell betrieben. Bagger von ungeheuren Dimensionen legen durch Abräumen der Erde die Kohle frei. Andere Bagger werden direkt an der Kohle angelegt. Hier heißt es fördern, fördern! Elektrisch betriebene Schlepplzüge führen die Kohle entweder direkt zum Kraftwerk oder in die Brikettfabrik. Tag und Nacht in zwei Schichten wird gearbeitet.

Soziale Rücksichten kennt das Braunkohlunternehmertum nicht, am allerwenigsten kennt diese die Firma Braunkohlen-Bergbau A.-G., deren Briketts sich allgemein der Beliebtheit hauptsächlich in Berlin erfreuen. Nicht nur die Arbeitskraft des Bergmanns nimmt diese Firma für sich in Anspruch, sondern den ganzen Menschen mit Frau und Kind. Hierbei soll auch nicht verkehrt werden, daß sich die Arbeiterschaft mehr Selbstbewußtsein aneignen müßte.

Zwar schreibt der Tarifvertrag eine wöchentliche Arbeitszeit von 58 Stunden vor, aber was schert die Firma Gesetz und Recht? Wer nicht mindestens 72 Stunden die Woche arbeitet, dem droht die Entlassung. Die Söldlinge der Direktion, Stahlhelmbanner und Wertgemeinschaftler machen es sich zur Aufgabe, die Arbeiter zu wahren Sklaven herabzudrücken. Keine Frühstücks- und Mittagspause innerhalb der zwölfstündigen Arbeitszeit kann eingehalten werden. Maschinensteiger, Baggerführer stehen auf Prämie. Infolgedessen wird keine Maschine angehalten. Essen können die Arbeiter nur dann, wenn irgendwelche Störungen eintreten.

Infolge dieser Arbeitsmethoden werden zwölf Stunden gearbeitet, aber nur für zehn Stunden Lohn gezahlt. Als Spitzlohn, wie vorstehend angeführt, 4,40 M. die Schicht, gleich 36,6 Pf. die Stunde. Um diesen fargen Lohn etwas aufzubessern, kommt es nicht selten vor, daß Arbeiter drei Schichten hintereinander verfahren, also 36 Stunden arbeiten!

Die Arbeiter der Gruben wohnen nicht alle in den Werkswohnungen, sondern wohnen zerstreut und haben vielfach mit dem Fahrrad täglich 1½ Stunden von und nach der Arbeitsstätte zu fahren. Es kommt nicht selten vor, daß die Arbeitszeit einschließlich der Wege zur Arbeit täglich 18 Stunden beträgt, und doch könnte man beinahe zu der Ansicht neigen, daß diese Arbeiter noch besser daran sind, als ihre Kameraden, die in den Werkshäusern wohnen, beispielsweise auf der Grube Erika zwischen den aufgeschütteten Sandbalden, Kilometerweit von Dörfen und 1 bis 2 Meilen weit von Städten entfernt. In der Werkkolonie der Grube Erika sind die Bewohner darauf angewiesen, ihre Lebenshaltungsgüter durch das Kaufhaus der „Wohlfahrts-Gesellschaft“ zu beziehen. Kein Schuhmacher, kein Schneider, kein Geschäftsmann kann sich hier niederlassen, dafür sorgt die Firma.

Daß die Wertsgemeinschaften, diese gelben Sumpfpflanzen, blühen und gedeihen, auch dafür sorgt die Firma, denn den Arbeitern werden 30 resp. 40 Pf. Beiträge für diese vom Lohn abgezogen. Sobald sich ein Arbeiter unbeliebt gemacht hat, fliegt er. Damit muß er auch sofort die Wohnung räumen. Die Räumungsklagen schlagen alle zugunsten der Firma aus. Nicht selten sieht man die Arbeiter in dieser Arbeitskolonie tagelang auf der Straße, dem Regen ausgesetzt. Auf Schutz für Leben und Gesundheit wird keine Rücksicht genommen. Auch die Bergbauaufsichtsbehörde scheint hierfür nicht das notwendige Interesse zu haben.

Infolge dieser skandalösen Zustände ist die Krankheitsziffer bis zu 17 Proz. Dann schreibt das Unternehmertum über die Höhe der sozialen Lasten. Arbeiterrechte gibt es bei dieser Firma überhaupt nicht. Den Betriebsratsmann der Grube Erika beschäftigt man circa 12 Kilometer von der Grube entfernt, damit er keine Möglichkeit hat, mit der Belegschaft in Fühlung zu kommen. Die Werksdirektion will auch noch die wöchentlichen Sprechstunden dem Betriebsrat entziehen.

**Bellartioffeln und Hering und Margarineschnitten** sind die Hauptnahrung der Belegschaft. Zu was anderem langt es nicht, denn der Lohn geht herab bis unter 3 M. pro Schicht.

In der Zeit der Inflation sind die Arbeiter den Kommunisten gefolgt. Die Organisation verfiel, die Reaktion ist auf dem Fuße gefolgt. Die damaligen Schreier sind treue Anhänger des Stahlhelms und der Werks-gemeinschaften geworden. Erst neuerdings wachen auch sie wieder auf. Unter dem furchtbaren Druck befinden sie sich wieder und lehren scharenweise zu den freien Gewerkschaften, dem Bergarbeiterverband, zurück.

Diese Zustände, die an die schlimmste Zeit des Frühkapitalismus erinnern, sind die direkte Auswirkung der Politik des Reichsarbeitsministeriums. Bis Ende 1923 bestand im mitteldeutschen Braunkohlgebiet der Achtstunden-tag. Im Dezember 1923 fanden im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen statt. Als die Vertreter des Bergarbeiterverbandes sahen, daß der vom Reichsarbeitsminister bestellte Schlichter entschlossen war, das Zweischichtensystem einzuführen, verließen sie den Sitzungssaal. Darauf wurde in Halle auf Anordnung des Reichsarbeitsministers eine erbärmliche Komödie aufgeführt. Aus einem Wert wurden zwei Arbeiter, ein Gelber und ein Kommunist, herausgeholt, zu Beisitzern des „Schiedsgerichts“ ernannt, das prompt das Zweischichtensystem beschloß. Dieser Beschluß wurde von Dr. Brauns für verbindlich erklärt. Seitdem herrscht die selbst nach der Arbeitszeiterordnung ungesegnete zwölfstündige Arbeitszeit, verbunden mit den himmelschreienden Mißständen, die vorstehend geschildert wurden. Das nennt Dr. Brauns Sozialpolitik!

## Landbundsrecht.

### Der Landbund bittet um Reichssubvention.

Der Pommerische Landbund nahm auf einem Kreisvertretertag eine Entscheidung an, in der er nicht mehr und nicht weniger verlangt, als daß man den Großagrarier auf ihre Rentenmarkwechsel bei der Rückzahlung einen Nachlaß gewähre. Reichslandwirtschaftsminister Graf König hat in einer Rede in Königsberg mit großem Nachdruck betont, daß von einer weiteren Verlängerung der von den Agrariern aufgenommenen Wechselkredite nicht die Rede sein könne und daß „kein denkender Mensch“ sie verlangen würde. Nur in Ausnahmefällen könne man Erleichterungen gewähren. Diese Tatsache, daß ein großer Teil der Agrarier seine Wechselschulden wie jeder andere Sterbliche auch einmal zurückzahlen muß, hat die pommerischen Landbündler so aus der Fassung gebracht, daß sie sich nicht scheuen, auf Kosten der Steuerzahler ein Geschenk vom Reich zur Deckung ihrer Schuldverpflichtungen zu verlangen.

Höher gehts wirklich nimmer! Der Reichslandbund, der große Beträge der seinen Mitgliedern andertrauten Gelder in zweifelhaften Geschäftsunternehmungen und noch zweifelhafteren politischen Untrieben verpulvert hat, läßt jetzt durch seine draven Pommeraner um die wohlverdiente Subvention des Reiches betteln. Wir sind gespannt, wie die Reichsregierung darauf antworten und ob sie es wagen wird, die Gelder ihrer Steuerzahler in Schuldnachlässen der politisch reaktionären Landwirtschaft in einer Zeit zuzuwenden, wo alles über die hohen Steuern und die Kreditknappheit stöhnt.

## Die völkischen Erben.

### Verstärkte Offensive gegen die deutschnationalen Verräter.

Je mehr die Deutschnationalen sich in die Erfüllung sozialpolitisch versetzen, um so mehr scheinen die kleinen Kläffer der deutschvölkischen Bewegung in Norddeutschland auf eine Renaissance ihrer „nationalen Opposition“ zu hoffen. Am 26. und 27. September tagte im Preussischen Landtag eine Reichsvertretertagung der deutschvölkischen

Freiheitsbewegung. Alle Ausführungen der einzelnen Redner waren nur eine Kampfanlage gegen die einzelne Politik der Deutschnationalen Volkspartei. So erklärte der Reichstagsabgeordnete Kube:

„Die ungeheure Gefahr der Gegenwart besteht darin, daß auch die großen nationalen Parteien infolge der außenpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Kämpfe und infolge des Ringens um Ministerposten und Koalitionen sich mehr und mehr mit der Weimarer Verfassung abgeben; und haben und ihre Führer sogar auf diese Weimarer Verfassung haben schwören lassen.“

Am schärfsten wurde v. Graefe-Goldebee:

„Er zeigte, wie seit London die Deutschnationalen naturgemäß in den Strudel der Erfüllungspolitik hineingerissen worden seien und wie diese Partei heute in einer Linie mit Dr. Birch und Breitscheid auswärtige Politik mache. Alle kraftvollen Entscheidungen der deutschnationalen Landesverbände besagten gar nichts, sie seien lediglich Theaterdonner, dem die Parteiführung und die deutschnationalen Reichstagsfraktion in ihren maßgebenden Teilen keinerlei Bedeutung beimessen. Die Deutschnationalen Volkspartei hat sich bereits unterworfen und treibe lediglich Strejsemanns Politik. Auf dem Gebiet der Innenpolitik zeigte er, wie auch hier die nationalen Parteien auf jedem Gebiet verlagert haben. Nichts ist besser geworden, lediglich die schwarzweihrote Fahne hat man zur Kulisse für schwarzrotgelbe Politik genommen. (Stürmische Zustimmung)... Er wies nach, wie es jetzt mehr denn je Aufgabe aller völkischen Kreise sei, angesichts der Not des Vaterlandes eine einheitliche Politik zu treiben, um der materiellen Lebenslage der Erfüllungspolitik, die von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten reiche, den Selbstbehauptungswillen deutscher Nation und den Idealismus des unbeirrten völkischen Gedankens entgegenzusetzen.“

Auf dieser Plattform, wonach die Deutschvölkischen sich als die Erben der früheren nationalen Opposition der Deutschnationalen aufspielen, entfalten die Völkischen in allen deutschnationalen Parteibüros eine verstärkte agitatorische Tätigkeit. So kann man in Berlin beobachten, wie die Völkischen für die bevorstehende Wahlentscheidung am 25. Oktober anlässlich der Stadtverordnetenwahlen ihre sämtlichen Parteikanonen überall da aufzuführen lassen, wo bisher die Deutschnationalen Zuspruch gehabt hatten. Die Angst vor dieser Schmutzkonzurrenz in Demagogie dürfte es auch in erster Linie sein, die die Deutschnationalen veranlaßt, so frampfhast der Außenpolitik der Regierung Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Die verstärkten Angriffe der Deutschvölkischen sind nur die logische Folge der Zersetzung, die der vollständige Bankrott der deutschnationalen Demagogie bei den nationalistischen Wählern hervorgerufen hat.

## Protest gegen das Schiele-Schulgesez.

### Die Volkspartei opponiert.

Die parteilose, völkische „Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt heute:

„Mit dem belagerten Entwurf des Reichsschulgesezes beschäftigen sich sorgfältig weite Kreise der Deutschen Volkspartei. Täglich mehren sich die kritischen Stimmen, die eine Annahme des Entwurfes in der vorliegenden Fassung für gänzlich unannehmbar erklären. Daran ist nämlich auch nicht zu denken. Der Entwurf ist, wie schon oft betont, ein Referentenentwurf, zu dem noch nicht einmal das Reichstabinet genommen hat. Neuerdings haben nicht nur die völkischen Wahlkreisausschüsse in Sachsen, sondern auch der Wahlkreisausschuss der Deutschen Volkspartei für den Wahlkreis Westfalen-Süd sowie der Geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Volkspartei in Württemberg und der badische Landesparteitag der Deutschen Volkspartei zu dem Referentenentwurf Stellung genommen und an der vorliegenden Fassung härteste Kritik geübt. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die völkischen Schulausschüsse in anderen Teilen des Reiches ebenfalls einen kritischen Standpunkt einnehmen. Der Reichsschulausschuss der Deutschen Volkspartei

wird sich auf seiner Sitzung am 14. und 15. November in Berlin mit dem Reichsschulgesez beschäftigen. Die Redung einer norddeutschen Zeitung, daß man in Berliner politischen Kreisen annehme, die Reichstagsfraktion würde den Entwurf in seiner vorliegenden Form annehmen, ist völlig aus der Luft gegriffen. Die Reichstagsfraktion hat zu dem Entwurf überhaupt noch nicht Stellung genommen. Ohne der Kritik der Reichstagsfraktion vorzugreifen zu wollen, kann aber schon jetzt gesagt werden, daß von einer uneingeschränkten Zustimmung zu dem Referentenentwurf des Ministeriums Schiele gar keine Rede sein kann.“

Wenn schon die Volkspartei, ja selbst einzelne Deutschnationalen von dem Schiele-Entwurf nichts wissen wollen, dann kann sein Schicksal nicht ungünstig sein. Trotzdem wird es eines intensiven Kampfes bedürfen, um die Gefahren der Schulreaktion abzuwehren.

### Erklärung des Hamburger Senats.

Hamburg, 1. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Im Hamburgischen Landesparlament, das am Mittwoch seine Arbeiten wieder aufnahm, antwortete der Senat u. a. auch auf eine Anfrage über seine Stellungnahme zum Reichsschulgesez-entwurf. Aus der Antwort geht hervor, daß der Entwurf nicht den Regierungen der Länder, sondern zunächst den Unterrichtsverwaltungen zugegangen ist, um ihnen in mündlicher Besprechung Gelegenheit zur sachverständigen Kritik zu geben. In einer inzwischen stattgefundenen Verhandlung habe der Vertreter der Hamburgischen Unterrichtsverwaltung entschieden Stellung gegen den Entwurf genommen. Der Senat sei überdies bereit, nötigenfalls alle geeigneten Schritte zu unternehmen, damit ein solcher Entwurf nicht Gesetzeskraft erlangt. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden für staatliche Bauaufträge an die Hamburger Werften zunächst 500 000 Reichsmark bewilligt. Die Besprechung einer sozialdemokratischen Anfrage über die Haltung des Senats zur Zollfrage im Reichsrat wurde nach der Begründung durch die Antragsteller abgebrochen.

### Auch Hinterpommern auf dem Posten.

Wie weit der allgemeine Unwille über den Schiele-Entwurf geht, zeigt eine Eingabe des Kolberger Lehrervereins in Form eines Antrages an die dortige Stadtverordnetenversammlung. In dem Antrag heißt es:

„Der Kolberger Lehrerverein erhebt gegen den Entwurf zum Reichsschulgesez vom August 1925 mit allem Ernst und allem Nachdruck schärfsten Widerspruch, denn der Entwurf ist:

1. verfassungswidrig, indem er die im Art. 146 B. V. geforderte organische Entwicklung des Schulwesens in ihr Gegenteil verkehrt; die ebendort als Regelschule geforderte gemeinsame Schule zur Ausnahme und die als Ausnahmschulen zugelassenen Schularten zur Regelschule macht; die verfassungsmäßigen Rechte der Lehrerschaft (Art. 149) aufhebt;

2. kulturwidrig und bildungsfeindlich, indem er nicht nur die Verschlagung von Schulsystemen und Entstehung von Zerschulen mit geringerer Leistungsfähigkeit fördert, und dem deutschen Bildungsgut nur beschränkt Eingang in die Schule gewährt, sondern auch in vielen Schulen den Lehrstoff aller Fächer unter dem Gesichtswinkel einseitiger Betätigung oder Weltanschauungsformen zuläßt und betrachtet wissen will;

3. volksfeindlich und staatsfeindlich, indem er die Herrschaft des Staates, der Volksgemeinschaft, in den Schulen einschränkt zugunsten von Gemeinschaften, die dem Staate gleichgültig, wenn nicht gar feindlich, gegenüberstehen; den Volksschulen eine Sonderstellung in nationalen Bildungsorganismus gibt; den notwendigen Zusammenschluß zur Volksgemeinschaft nicht allein hemmt, sondern bestehende Gemeinschaft zerreißt;

4. unnützig belastend für die Gemeinden.

Der Kolberger Lehrerverein bittet daher, die Stadtverordnetenversammlung, den Vertreter der Stadt Kolberg beim deutschen Städtetag zu beauftragen, gegen diesen Schulgesetzentwurf Einspruch zu erheben und eine diesbezügliche Entscheidung des Städtetages herbeizuführen.“

Zweifellos wird der Städtetag sich mit dem Schiele'schen Gesetzentwurf befassen müssen. Die nächste Vorstandssitzung, die am 8. Oktober in Flensburg stattfindet, bietet dazu Gelegenheit. Jedenfalls zeigen solche Vorgänge, daß die Bewegung im Lande allgemein ist und daß sie sich in allen Teilen der Bevölkerung zeigt.

## Shakespeare in der Volksbühne.

Die Volksbühne beginnt mit ihrem Winterprogramm spät, während die anderen Theater längst mitten in der Saison stehen. Dafür war aber Shakespeares „Kaufmann von Venedig“ die gelungenste Vorstellung, die Fritz Holl in seinem schönen Haus seit langem herausgebracht hat. Shakespeares zeitlose Komödie hat man schon im Jahre 1611 in Deutschland gespielt. Ungeachtete Male ist sie über die deutschen Bühnen gegangen. Der Regisseur Fritz Holl hat grandiose Vorbilder gehabt, und er mußte der Vorstellung ein eigenes Gesicht geben, wenn er vor Publikum und Kritik bestehen wollte. Es ist ihm geglückt. Seine Inszenierung sucht in ihrer Geschlossenheit und schillerbunten Lebendigkeit ihresgleichen. Jeder der Hauptdarsteller hatte sich eine besondere Figur zurechtgedacht, jeder legte in seine Rolle eine originelle persönliche Note, so daß der Zuschauer in allen den vielen Szenen Lieberdarstellungen erlebte. Ein solches Verfahren birgt die Gefahr der Zerissenheit in sich. Die Klippe wurde glücklich umschifft. Die abwechslungsreichen Einzelleistungen rundeten sich zu einer prächtigen Harmonie. Alexander Granachs Schauspiel bewirkte, daß in die von tausend Kobelben beschwingte Fröhlichkeit ein Schimmer erschütternder Tragik fiel. In ihm offenbarte sich das Getriebensein eines Menschen und eines ganzen Volkes. Der Haß gegen seine christlichen Mitmenschen war nicht von vornherein da, sondern entwickelte sich erst während des Spiels, die Bestie in ihm entwickelte sich erst durch den Haß und die Verachtung, die ihn in allen Seiten anspien. Und als der Haß in Flamme emporloderte, da hatte sein Schauspiel etwas Krankes, Dämonisches, an den Irrsinn Streifendes. Er stucht wie ein Irre und lacht wie ein Irre in einem Atemzuge. Dabei sind Granachs Einfälle von überraschender Pflichtigkeit, wenn er z. B. seine Worte „O du weiser und gerechter Richter“ mit einem entsetzten Schnalzen ausspricht und eine stoßende, lufthandähnliche Bewegung macht. Granach wird manchmal etwas zu sprunghaft und überbeweglich vorgekommen sein. Seine Auffassung entspricht aber durchaus dem Bild des bis zum Irrsinn geheuten Juden. Für die Rolle der Porzia hatte sich die Volksbühne eigens Agnes Straub vom Staatstheater ausgedorft. Neuerdings versucht sich diese Künstlerin in der Darstellung jarter Mädchensfiguren, für die sie weder ihrem Äußeren, noch ihrem Temperament, noch ihrer Stimme nach geeignet ist. Gewiß, die reiche Erbin Porzia, die den Freund ihres Geliebten mit einem Geniestreich als Richter verkleidet vor dem täuschlichen Messer des Juden reitet, muß Geistesgegenwart und Energie besitzen. Die Szenen aber, in denen die Freier im Lotteriespiel um ihre Hand würfeln, sind von so hochartiger Poesie und so lieblichem Humor, daß eine annuitäre Verkörperung der Rolle notwendig erscheint. Agnes Straub fehlt der Schmelz der Jugend zu sehr, als daß die Jartheit glaubhaft erschien. Ein wunderbares Theater waren die Szenen, in denen die Freier die Kästchen wählten, mit denen sie Porzia und ihre Reichtümer zugleich

erringen sollten. Den größten Erfolg hatte Hans Heinrich von Twardowski als Prinz von Aragon. Ein spindeldürrer, aus Bornhehnheit, Arroganz und Lächerlichkeit zusammengesetzter Grande, dessen sturrische Bewegungen eine fröhliche Verdröpfung von Geschraubtheit, überheblicher und tänzerischer Grandezza bildete. Adolf Manz spielte den Antonio mit männlicher Würde, mit nicht mehr und nicht weniger Kunst, als in dieser Rolle liegt. Aus den übrigen, durchweg sorgfältig einstudierten Figuren ragte wieder Gerhard Ritter hervor, dessen Graziano eine prächtige Mischung aus Uebermut und Leichtsinne war. Die Abgeschliffenheit seiner Sprechweise kam der Rolle sehr zustatten. Leo Reuß verlieh dem glücklicheren Freund des Antonio, Bassanio, die Mittel sauberer Ensemblekunst. Er überragte nicht die anderen, wie es seine Rolle eigentlich erfordert hätte. Das Deklamatorische seiner Auffassung fiel sogar aus dem Rahmen, da Fritz Holl sonst glücklicherweise vermieden hatte, Getragenheit in die ersten Szenen zu legen.

Der Beifall war außerordentlich stark, insbesondere, als man ihn sonst an dieser Stelle gewohnt ist. Das Publikum hatte auch vollkommen recht mit seiner Zustimmung. Fritz Holl ist es gelungen, das ewige Theater, das wir immer wieder bei Shakespeare bewundern, auf die Bühne zu stellen. Bunte Bilder, die die Phantasie beflügeln, und zugrunde liegt ein Stück Menschenschicksal, ein Stück Leben. Eine Vorstellung, die man nicht so leicht vergißt, ein Erlebnis. Edward Suhr, der Bühnenbildner von unendlicher Weite geschaffen hatte, stellte die Drehbühne mit bestem Gelingen in seinen Dienst; auch hier wundervolles Spielerisches und doch ans Leben mahnendes Theater. Ernst Degner.

**Keine Gurken und nicht Hörnchen.** Zehn Menschen werden durcheinandergeworfen, weil vor 19 Jahren in Zuge von Paris nach Marseille Herr Soundso Frau Soundso stürmisch umarmte, woraus denn unvergängliche Liebe, ein großer Ehebrechreiz bei der so beglückten Dame und ähnlich lebenswürdige Dinge entstanden. Wegen dieser wichtigen, die Väterlichkeit nicht unangenehm umzingelnden Ereignisse heißt das Theaterstück „Im Damantupé“. Hennequin und Mitchell sind die Schöpfer dieses Kantharidentheaters, und das „Trionon“ unter dem Bogen des Bahnhofes Friedrichstraße sein gafffreundliches Agh. Die alte Truppe, die hier haust, die hier routiniert, Lustigkeit spendet, Herr Westermann, Herr Juntermann, Herr Haase, die Damen Eibenschütz und Limburg und schließlich Gisela Werberjeit sollen das Parquet in jene Heiterkeit versetzen, die der Steuerzahler braucht, damit er sich von 8 bis 1/2 Uhr für sein Abendrot und seine legitimen und illegitimen Liebespflichten vorbereite. Man spielt am Trionontheater sehr dick und haßt so einen Pariser Schwanz herunter, als wenn die Grazien niemals in das Territorium der Autoren hineingeblickt hätten.

Dazu kommt schließlich, daß die Verbeugung tomischer wirkt als der französische Text. Denn dieser Ueberseher scheint ein Meister der Verbalhornung zu sein. Man bedenke folgendes Stücklein: Ein Herr, der über einen sehr guten Appetit verfügt, verlangt dringend follen Aufschnitt mit Hörnchen. Hörnchen? Nein, das verlangt der Herr nicht, Er will „cornichons“ haben, d. h. kleine ge-

pefferte oder saure Gürkeln. Jedermann mit einem anständigen Magen weiß, daß diese Gerichte zueinander passen. Nur der fachverständige Ueberseher weiß das nicht. Es geht aber wohl nicht an, daß Herren, die sich einer solchen Aufgabe unterziehen, nur über ein mangelhaftes Verkon verfügen. R. H.

**Auf den Spuren Lloyd Georges.** Der frühere englische Premier soll gegen die Aufführung des deutschen Films „Wege zu Kraft und Schönheit“ protestiert haben, weil er unsittlich sei. Die deutsche Filmzensur kommt ihm zu Hilfe. Auf Antrag des Bayerischen Staatsministeriums des Innern ist die Zulassung folgender Teile des Bildstreifens: „Wege zu Kraft und Schönheit“ widerrufen worden: In Akt 2: Das Urteil des Paris. In Akt 6: Das Bad einer vornehmen Römerin. Die im Umlauf befindlichen Zulassungskarten verlieren mit dem 26. Oktober 1925 ihre Gültigkeit. Also die deutsche Sittlichkeit ist wieder einmal gerettet, freilich rechtlich spö, da die nunmehr verbotenen Staffetten ihre unheilvolle Wirkung bereits länger als ein halbes Jahr ausgeübt haben.

Aber was tut man nicht den lieben Bayern zuliebe, die bei der ersten Aufführung dieses Films in München gleich Spektakel geschlagen hatten. Früher hieß es, wenn man einen Juden in Konstantinopel auf die Höhe tritt, reagiert die Londoner Börse in Baisse. Heute müßte es heißen: Wenn den Schwarzen in Bayern etwas nicht paßt, brecht sich Berlin, Koton zu machen!

**Ein origineller Bühnenstreik.** Das Schauspiel „aus von Birmingham“ gibt gegenwärtig ein Schauspiel, das in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in London in Zentierung ist vollständig im Stil der damaligen Zeit. Und zwar nicht nur was die Gestaltung des Bühnenbildes betrifft, sondern auch soweit es sich um die Kostüme der Schauspieler und Schauspielerinnen handelt. Dementsprechend haben die letzteren ganz lange Röcke an, die kaum die Hüftspitzen sehen lassen, und dazu Hülsen mit ganz hohen, abnehmend engen Stehkragen und gewaltigen Schuhen. Das ging jedoch noch über die armen Schauspielerinnen hinaus, um die „Wespentaille“ zu erzielen, die damals modern war, in furchtbare Marterinstrumente von Korsetts zwängen, und das scheint für die forsettenmüde Generation von heute eine unerträgliche Tortur zu sein. Die Schauspielerinnen von Birmingham haben wenigstens ihrer Direktion erklärt, daß sie entschlossen sind, nicht mehr mitzumachen, falls das Stück länger als eine Woche auf dem Spielplan bleiben sollte.

**Spielplanänderung.** Das kleine Theater läßt die Premieren „Hochzeitstage“ erst am 3. Oktober stattfinden.

**Die 55. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Verdauungs- und Stoffwechselkrankheiten** wurde unter hiesiger Teilnahme in Wien gestern eröffnet.

**Die buchhändlerischen Arbeiten** von Prof. G. K. Weh werden vom 1. Oktober ab im Aushangraum der Staatlichen Kunstbibliothek, Pring-Allee-Str. 7a, gezeigt (Abend 7 bis 9 Uhr).

**Staatsoper.** Die Staatsoper wird den 25. Oktober, den 100. Geburtstag von Johann Strauß, durch die Eröffnung des „Jugendkonzerts“ feierlich begehen. Die musikalische Leitung hat Generalmusikdirektor Reiber, die Regie Chorregisseur Ho. v. Die Weltanschauung H. Granatins. — Das Anlag des Abendtages gelangt feiner im zweiten Einakterkonzert am 20. Oktober ein Heizer des Reichs zur Aufführung.

## Die Bürgermeisterwahl von Dortmund. Deutschnationale Verdächtigung gegen Paul Hirsch.

Hugenbergs „Lokal-Anzeiger“ berichtet über eine „scharfe Auseinandersetzung“ in der geheimen Stadtvorordnetenversammlung zu Dortmund, in der die Wahl unseres Genossen Stadtrat Paul Hirsch zum Bürgermeister von Dortmund behandelt wurde. Die Meldung trägt die Ueberschrift: „Paul Hirsch als Bürgermeister nicht geeignet“, und berichtet, Paul Hirsch erscheine nach Ansicht eines Teiles der Stadtvorordneten „aus verschiedenen Gründen für den Posten als nicht geeignet“. Damit soll der Anschein erweckt werden, als ob Genosse Hirsch, der bekanntlich preussischer Ministerpräsident war, für den Dortmunder Bürgermeisterposten der moralischen und sachlichen Qualitäten ermangele. Geheimnisvoll wird hinzugefügt: „Es ist anzunehmen, daß die ganze Angelegenheit demnächst die Öffentlichkeit beschäftigen wird.“

Es ist richtig, daß Genosse Hirsch gegen die Stimmen der Rechtsparteien und des Zentrums gewählt wurde. Uns liegt aber der Wortlaut der Erklärung der Zentrumsfraktion des Dortmunder Stadtparlaments vor, die in der geheimen Sitzung vom Montag abgegeben, und deren Veröffentlichung ausdrücklich beschlossen wurde, und aus der wir wörtlich zitieren:

„Die Stelle des ausgeschiedenen Bürgermeisters Dr. Fischer konnte und mußte eingepart werden. Nicht gegen die Person des Herrn Hirsch resp. gegen seine politische Einstellung und seine Eignung richtete sich unsere Stellungnahme.“

Wir haben nicht notwendig, Paul Hirsch zu verteidigen, der als Kommunalpolitiker einen Ruf besitzt. Hirsch hat sich um den Posten nicht beworben, aber nachdem er einmal gewählt ist, ist es selbstverständlich, daß er vor politischen Gegnern, die den Kampf aus das persönliche Gebiet tragen, nicht zurückweicht, sondern unbedürftlich um niedrige Angriffe seine Tätigkeit im Interesse der Gesamtheit ausüben wird. Die deutschnationalen Futtertruppenjäger müssen ihren Jörn nicht allzu deutlich zeigen, wenn ein höherer Posten in Kommune und Staat an einen Sozialdemokraten übergeht. Schließlich ist Hugenberg doch noch nicht die Best...!

## v. Karstedts Vernehmung. Lüders versucht einen Gegenstoß.

Der weitere Verlauf der gestrigen Verhandlung im Landespandbriefanstaltsprozeß bestätigte das Bild der vorhergehenden Tage. Auch von Karstedt, der von den Geldern der P.M.A. innerhalb zwei Monaten 113 000 M. für sich verwanzt hat, erklärt, daß Rehring sehr intim mit dem Adressatenverkehr verkehrt habe. Er sei der festen Ueberzeugung, daß Rehring und Lüders bewußt geschäftlich unfair gehandelt hätten. Lüders habe bestimmt gemußt, daß sowohl seine wie die Wechsel der beiden anderen Wägen nichts wert seien, wie auch Rehring und Lüders davon Kenntnis gehabt hätten, daß Teile der Kredite zu anderen Zwecken als den festgelegten verbraucht wurden. Den Vorwurf der Bestechlichkeit Lüders hält er in vollem Maß aufrecht.

Rehring gibt zu, daß er tagelang wie Eydorffs auch das Privatauto Karstedts benutzt habe und daß er sich von ihm oft habe einladen lassen.

Lüders geht im Verlauf der Sitzung zur Gegenoffensive vor. Er will sich plötzlich daran erinnern, daß nicht er es gemeint sei, der zu Karstedt gesagt habe, er hoffe, daß bei den Geschäften für ihn ein Häuschen abfalle, sondern daß Karstedt ihm ein Häuschen angeboten habe. Wiederholt versichert er, niemals persönliche Vorteile für sich erstrebt und immer im Interesse der Bank gearbeitet zu haben. Die Beschuldigungen gegen ihn würden von den Mitangeklagten nur erhoben, um straffrei auszugehen. Als Beleg führt Lüders angebliche Äußerungen Eydorffs an, die von diesem geäußert und vom Vorsitzenden als unwahrscheinlich erklärt werden, wie überhaupt der Vorsitzende den neuen Erklärungen Lüders, die mit seiner bisherigen Haltung in Widerspruch stehen, äußerst skeptisch gegenübersteht.

Die nächste Sitzung findet Freitag vormittag 10 Uhr statt.

## Kleiner Unglücksfall.

Langsam fährt ein kleiner Möbelwagen die Werderstraße herunter, und ein müdes Pferdchen zieht ihn. Er ist besetzt mit billigem Hausrot: mit ein paar Stühlen, einem roten Sofa, Kisten mit Geschirr und einem Schrank. Ein Arbeiter hat wohl eine Wohnung gefunden und läßt seine Sachen dorthin schaffen. Der Wagen biegt zum Schinkelplatz ein. Vielleicht hat der Lenker die Kurve zu kurz genommen, vielleicht waren die Sachen auch schlecht gepackt, der Wagen schwankt und schlägt um, er kommt quer über die Schienen der Straßenbahn zu liegen, der Verkehr muß unterbrochen werden, die Wagen reißen sich hintereinander. Neugierige sammeln sich um die Unfallstelle und machen mehr oder weniger flüchtige Bemerkungen. Die Möbelstücke bedecken die Straße, einige sind stark beschädigt, andere nur leise beschränkt. Die Kisten aber sind aufgeklappt, und das Porzellan ist zerbrochen.

Die Leute gehen vorüber und meinen, es sei nicht so schlimm; in kurzer Zeit könnte der Verkehr wieder aufgenommen werden, und der Sachschaden sei überhaupt nicht so groß. Natürlich, wenn ein Möbeltransport aus Berlin W. umgefallen wäre, würde der Trümmerhaufen dekorativer wirken und der Sachschaden bedeutender sein. Baccaratkrystalle sind eben teurer als einfache Gläser, Sevresporzellan ist kostbarer als Steingut aus einem billigen Warenhaus. Aber bedeutet diese kleine Verkehrsstörung, die in keine Unfallchronik aufgenommen wird, nicht ein größeres Unglück für die Betroffenen, als die Zerstörung einer kostbaren Wohnungseinrichtung für den reichen Mann? Sind hier nicht die Resultate des Reichtums und der Sparlosigkeit mancher Jahre zerbrochen worden? Und wer erseht dem Geschädigten die zerstörten Gegenstände? Endlich hat er eine Wohnung gefunden, aber die Sachen, die sie ihm lieb machen sollte, an die er vielleicht Erinnerungen knüpfte, sind dahin. In kurzer Zeit ist das Verkehrshindernis fortgeräumt, die Straßenbahn kann ihren Betrieb wieder aufnehmen. Der kleine Unglücksfall ist bald vergessen.

## Feuer in der „Ripho“.

In der Funthalle der Ripho-Ausstellung entstand ein Brand durch einen Filmvorführungsapparat. Aussteller und anwesende Aufsichtsbeamte besaßen die Selbstschutzmittel, die Flammen mit Minimoapparaten zu löschen, noch bevor die Feuerwehr eintraf.

## Zum Raub im Bezirksamt Tempelhof.

Das Sonderdezernat der Kriminalpolizei hat gestern und die Nacht hindurch weiter auch die Lokale durchsucht, in denen die Geldschrankräuber zu verkehren pflegen, aber auch dabei keinen Erfolg gefunden. Die beiden Spezialisten Hah und Risch, die in einem Lokal der Köpenicker Straße mit ganz neuen Werkzeugen überrollt und vorläufig in Gewahrsam genommen wurden, kommen für den Tempelhofer Streich nicht in Betracht. Sie haben ihr Werk einwandfrei nachgemacht. Sie sind zwar ohne

Zweifel im Begriff gewesen, irgendwo einen Schrank zu knacken, weil sie aber noch nichts unternommen hatten, so mußten sie wieder entlassen werden.

## Furchtbare Familientragödie in Berlin W. Nahrungsjorgen und Eifersucht.

In dem Hause Göbenstr. 22 ereignete sich heute morgen kurz nach 7 Uhr eine blutige Ehetragödie, der ein Menschenleben zum Opfer gefallen ist. Wir erfahren hierzu folgendes:

Der 76 Jahre alte Mechaniker Franz Weiser ist seit längerer Zeit arbeitslos und hatte in der letzten Zeit schwer mit Nahrungsjorgen zu kämpfen, wozu sich aber auch Eifersucht gegen seine Frau gesellte. Heute morgen hörten Hausbewohner einige Schüsse fallen und benachrichtigten, nichts Gutes ahnend, sofort das zuständige Polizeirevier. Die Wohnung wurde gewaltsam erbrochen und man fand Weiser mit einem Kopfschuß und geöffneten Pulsadern sowie seine 56 Jahre alte Ehefrau mit einem Schuß durch den Mund in ihrem Blute liegend bewußlos vor. Ein sofort hinzugerufener Arzt sowie ein Rettungswagen des Rettungsamtes Berlin sorgten für die sofortige Ueberführung der Ehefrau in das Elisabethkrankenhaus und des Ehemannes in das Schöneberger

## Seht die Wählerlisten ein!

Die Wählerlisten für die Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen liegen vom 25. September bis zum 2. Oktober, täglich von 12—7 Uhr, Sonntags von 10—5 Uhr, zur Einsicht aus.

## Wähler! Sicher! Euch das Wahlrecht!

Krankenhaus, wo er bereits seinen schweren Verletzungen erlegen ist. Eine Vernehmung der Schwerverletzten war bisher noch nicht möglich und es konnte vorläufig noch nicht festgestellt werden, ob beide in gegenseitigem Einverständnis gehandelt haben, oder ob es sich um eine Verzweiflungstat des Mannes handelt.

## Die falschen Kriminalbeamten.

20 000 M. erbeutet. — 3000 M. Belohnung.

Wie wir bereits in der Morgenausgabe mitteilten, sind gestern zwei Kassenboten das Opfer eines raffinierten Schwindels geworden, wobei den Gaunern, die ihre Opfer auf den Hof des Polizeipräsidenten gelockt hatten, 20 000 Mark in die Hände fielen. Die Nachricht wird heute vollinhaltlich bestätigt. Die Opfer sind zwei Angestellte der Deutschen Betriebsgesellschaft für drahtlose Telegraphie am Hallschen Tor. Für die Wiederbeschaffung ihrer Beute hat die Firma eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt. Das Geld besteht aus 10 000 Mark in 100-Mark-Scheinen, 5000 Mark in 50-Mark-Scheinen, 2000 Mark in 20-Mark-Scheinen, 2000 Mark in 10-Mark-Scheinen, 500 Mark in 5-Mark-Scheinen, 200 Mark in 2-Mark-Scheinen und 300 Mark in Hartgeld. Mitteilung an Kriminalkommissar Kauf, Dienststelle A 4 im Zimmer 302b im Polizeipräsidenten, Hausanturf 406.

Die betrogenen Angestellten glaubten in dem ihnen vorgelegten Verbrechenprotokoll einen der Gauner zu erkennen. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß dieser Verdächtige seit gestern früh nicht mehr in seiner Wohnung gewesen ist. Ob er jedoch wirklich einer der Schwindler war, ist noch nicht sicher. Weiteres hat bisher nicht festgestellt werden können.

## „Penner“, keine Brandstifter.

Zu den Verhaftungen wegen Brandstiftung, die ein Mittagsblatt meldet, erfahren wir, daß die vorläufig festgenommenen für die Brandstiftungen nicht in Betracht kommen. Es handelt sich um Festnahmen, wie sie jetzt infolge der dankenswerten Aufmerksamkeit des Publikums alltäglich erfolgen. Die Hausbewohner sind durch die Gefahr, die ja schließlich jedem Grundstück drohen, und die wiederholten Aufrufe veranlaßt worden, die Vorgänge auf den Böden mehr als früher zu beobachten. Hierbei finden sie dann nicht selten harmlose „Penner“, die auf den Böden nichts anderes suchen als ein Obdach für die nächste Nacht. Das kann natürlich vorher niemand wissen. Die Hausbewohner bringen diese Leute mit Recht zur Polizei und so kommen sie dann vor das Branddezernat, das alle diese Angaben nachprüft.

## Es hat geholfen.

Unser Hinweis (Nr. 459), daß in Berlin in manchen Häusern den Brandstiftern ihr Handwerk erleichtert wird, weil zur Nachtzeit die Haustüren insolge Verwahrlosung der Türschlösser unverschlössen bleiben, hat die gewünschte Beachtung gefunden. Aus dem von uns besonders genannten Haus Monumentenstraße 26 erfahren wir jetzt, daß nach Veröffentlichung unserer Mitteilung noch an demselben Tage das Türschloß in Ordnung gebracht wurde, so daß die Tür nun endlich wieder mühelos verschlossen werden kann. Offenbar ist bei dem Hauswirt oder seinem Vertreter der plötzliche Reparaturbedarf durch die eingreifende Polizei entsetzt worden, die zwar durch Hausbewohner von der Reparaturbedürftigkeit des Haustürschlosses schon in Kenntnis gesetzt worden war, aber erst durch die Veröffentlichung im „Vorwärts“ erfahren hat, wie sehr die für das Haus Monumentenstraße 26 verantwortlichen Personen sich „Zeit leihen“. Für ähnliche Fälle empfehlen wir den Hausbewohnern, sich sofort an das Polizeipräsidenten zu wenden und das Branddezernat (Zimmer 113) in Kenntnis zu setzen. Die Polizei hält es für ihre Pflicht, zum Schutze der Bevölkerung einzugreifen, wo sie eine öffentliche Gefahr sieht, und sie hat aus diesem Grunde schon manchen Hauswirt zu Reparaturen an der verwahrlosten Front seines Hauses genötigt. Sie wird auch das für ihre Pflicht halten, ohne Zögern gegen Hauswirte vorzugehen, die durch Vernachlässigung der Haustürschlösser den Brandstiftern bequemen Zutritt zu ihren Häusern verschaffen. Man soll den Brumen zudecken, bevor das Kind hineingefallen ist.

## Abrechnung mit der kommunalen Reaktion.

Am Mittwochabend fand in der Aula der ersten Charlottenburger Gemeindeschule in der Pestalozzistraße eine stark besuchte öffentliche Wählerkundgebung der Sozialdemokratischen Partei statt; Redner war Genosse Stadtrat Emil Klodt. D. d. L., der nach einleitenden Worten des Genossen Bierow zunächst auf die gebührende Form einging, mit der auch der letzte Wahlkampf wieder von unseren Gegnern geführt wurde. Stets hat man die Sozialdemokratie für alle Leiden der letzten Jahre verantwortlich gemacht, aber wir haben ja gerade jetzt in der großen Politik erlebt, was die reaktionären Herrschenden im Gegensatz zur Arbeit unserer Parteigenossen zu leisten vermögen. Unseren Gegnern war der sozialdemokratische Magistrat unter allen Umständen ein Stein des Anstoßes, und der häßliche Kampf, den man aus solcher Hahnstimmung heraus gegen Leute, wie den Stadtschulrat Pausen, geführt hat, war für die Absichten und die Kampfesart der Schwarzweiskronen ein deutscher Ausdruck. Traurig nur, daß selbst in diesem Falle die Kommunisten Helfersdienste geleistet haben, eingendet jenes bekannten Satzes: „Dawohl, wir wollen die Steigbügelhalter

der Reaktion sein“. Die Kommunisten helfen also jenen, die sich vor jeder, auch der notwendigsten Lohnherabsetzung in der Kommunalverwaltung drücken wollen, die nur zu gern den Achtstundentag reißlos beseitigen möchten, die gern die Wohlfahrtspflege als simple Armenpflege und nicht als große soziale Pflicht betrachten. Wie rücksichtslos und brutal unsere Gegner vorgehen, bemies jüngst der tragische Tod des Genossen Paul John, des Bürgermeisters vom Brenzlauer Berg, der, man kann das ruhig sagen, in den Tod geht wurde, weil er gewagt hatte, einen verdienten Sozialdemokraten zu befördern. „Was für sich, nichts für die anderen! — das ist die Devise der Schwarzweiskronen. Sinken der Eheschließungen, Steigen der Selbstmordkurve, ungeheures Anwachsen der Zahl der Früh- und Fehlgeburten, Steuerdruck und Lebensmittelteuerung, das sind deutsche Symptome ungeheurer Wirtschaftsnote, unter der das deutsche Proletariat zu leiden hat. Wer gegen diese Zustände tatkräftig ankämpfen will, der klare die unwissenden Arbeitsbrüder und -Schwestern auf über das Wesen des Kapitalismus, der werde Leser für den „Vorwärts“, der verleihe, immer neue Freunde für unsere Sache zu gewinnen, der wähle am 25. Oktober die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei. — In der Diskussion wies Genosse Zebert besonders darauf hin, daß es unserer Partei zu verdanken sei, daß die großen städtischen Werke während der Inflationszeit nicht vom Kapital eingekauft werden konnten. In demselben Sinne sprach Genosse Will. Genosse Kagenstein behandelte eingehend die Not der Jugend.

Der Milchpreis sinkt. Die Milchpreisnotierungskommission für Berlin hat beschlossen, den Erzeugerpreis für Milch ab 1. Oktober 1925 von 25 Pf. auf 23 Pf. pro Liter frei Berlin herabzusetzen. Dementsprechend ermäßigt sich der Kleinverkaufspreis für Milch von 36 Pf. auf 34 Pf. Wegen der Frage, ob nicht auch die Handelspreise als solche noch herabgesetzt werden kann, so daß eine weitere Senkung des Kleinverkaufspreises möglich ist, schweben zurzeit noch Verhandlungen.

## Groß-Berliner Parteinarichten.

7. Kreis Charlottenburg. Heute, abends 7 1/2 Uhr, im Schiller-Realgymnasium, Schillerstr. 26. — Mitgliederversammlung, Berichterstattung vom Parteitag. — Referent: Genosse Franz Rühlert.

Jungsozialisten, Brenzlauer Berg. Heute, Donnerstag, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Danziger Str. 12 (Parade), Gruppenversammlung.

## Geschäftliche Mitteilungen.

Rauhaus Gebrüder Partner, 50. 56, nur Wiener Str. 64, Ecke Raupacher Str., am Berliner Bahnhof, Hochbahnstation Uranienstraße, bekannt am Dienstag, den 29. September d. J. mit einem außergewöhnlich billigen Verkauf für Herbst- und Winterwaren. Man beachte die tüchtigen Fensterauslagen sowie das heute erscheinende Inserat mit den außergewöhnlich billigen Preisen.

## Gewerkschaftsbewegung

### Der Magistrat als Arbeitgeber.

Die Lohnpolitik der Arbeitgeberverbände.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat Mitte September das Lohnabkommen für die Kammerei- und Regierarbeiter der Stadt Berlin gekündigt und Anträge auf Neuregelung der Löhne gestellt. Die Stundenlöhne sollen um 10 Pf. erhöht werden und die Altersgrenze der Vollarbeiter von 24 auf 21 Jahre herabgesetzt werden.

Diese Anträge waren am 29. September Gegenstand von Verhandlungen des Tarifauschusses. Gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten stimmte der Tarifauschuss diesen Anträgen zu. Am Mittwoch, den 30. September, wurde der Beschluß des Tarifauschusses im Magistrat behandelt. Der Magistrat hat, ohne Rücksicht auf den Beschluß des Tarifauschusses und ohne Rücksicht auf die eingehende Begründung der Organisation, jede Lohnherabsetzung, wie auch die Herabsetzung der Altersgrenze des Vollarbeiters abgelehnt. Die Haltung des Berliner Magistrats ist nur erklärlich aus der Stellungnahme des Reichsarbeitsministeriums zu den Lohnfragen.

Der Spitzenlohn des Handwerkers beträgt zurzeit 80 Pf., der Lohn des ungelernen Arbeiters beträgt 52 bis 60 Pf. Mit diesen Lohnsätzen bewegen sich die Löhne der Gemeindegewerkschaften unter den Löhnen, die in Berlin zurzeit tariflich festgelegt sind.

Die Verhandlungen mit den Reichsarbeitern haben in diesen Tagen eine Erhöhung der Ortslohnzuschläge von 40 Proz. gebracht. Berlin ist damit als die teuerste Stadt des Deutschen Reiches gekennzeichnet. Die Ortslohnzuschläge für Stuttgart betragen zurzeit 22 Proz., für Köln, Nürnberg, München je 10 Proz. Trotzdem beträgt der Spitzenlohn für Gemeindegewerkschaften in Nürnberg, München, Tübingen usw. 96 Pf., in Köln 92 Pf., in Stuttgart 95 Pf. In den angeführten Gemeinden sind also die Kosten der Lebenshaltung anerkannt niedriger als in Berlin. Die Arbeitgeberverbände bzw. der Magistrat der angeführten Städte haben es trotzdem für notwendig erachtet, den Ansprüchen der Gemeindegewerkschaften Rechnung zu tragen.

Die Haltung des Berliner Magistrats ist eine Herausforderung aller städtischen Arbeiter. Die Organisation ist beauftragt, alle notwendigen Schritte zu unternehmen.

### Vom Expeditionsarbeiterstreik.

Lohnpolitik nach dem Muster der Arbeitgeberverbände.

Der Verein Berliner Expeditoren, der sich durch seinen Vorsitzenden dem Polizeipräsidenten gegenüber verpflichtet, die Betriebe seiner Mitglieder zur Ausführung der Poststandsarbeiten durch den Verkehrsbund zur Verfügung zu stellen, gibt insgeheim Anweisung, die Poststandsarbeiten zu unterbinden.

Die Firma Mantag u. Schaffer hat ihre Weigerung, die Streikenden zu Poststandsarbeiten zuzulassen, damit begründet, daß sie auf Anordnung des Vokalvereins der Berliner Expeditoren handle.

Ferner weigern sich die Expeditionsfirmen Sebastian Moser, P. Steinbrink u. Co., Gontard und Rangill, wenn nimmere eine Verstopfung der Güterbahnhöfe eintritt, ist daran nicht der Verkehrsbund schuld, sondern die Organisation der Unternehmern, der die Ausführung der Poststandsarbeiten offenbar nicht in den Kram paßt.

### Abgelehnter Schiedsspruch der Brauereiarbeiter.

Am Mittwoch fanden zwischen dem Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter und den Brauereien Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss statt. Da es auch hier zu keiner Einigung kam, wurde vom Gewerberat Körner gegen die Stimmen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter ein Schiedsspruch gefaßt, der die Löhne der gelernten Arbeiter auf 47 M., die des Fahrpersonals auf 41,50 M. und die der ungelernen Arbeiter auf 39 M. festsetzt. Die Erhöhung beträgt demnach für die angeführten Gruppen 4 M., 3,50 M. und 2,50 M. in der Woche. Die Geltungsdauer des Schiedspruches ist vom 1. Oktober bis 31. Dezember festgelegt. Eine Funktionsänderung nahm am gleichen Tage zu dem Schiedsspruch Stellung. Selbig kritisiert wurde die im Verhältnis zu den geschätzten Lebenshaltungskosten völlig ungenügende Lohnherabsetzung, sowie vor allem die wiederum vergrößerte Lohnspanne zwischen gelernten und ungelerten

Arbeitern. Diese Spanne, die bisher 6,5 M. betrug, ist im Schieds-  
spruch auf 8 M. art. ausgedehnt worden. Die Funktionäre lehnten  
den Schiedspruch einstimmig ab und beauftragten die Organisation,  
mit den Unternehmern nochmals Verhandlungen aufzunehmen.  
Sollten die Verhandlungen zu keinem nennenswerten Ergebnis  
führen oder gar abgelehnt werden, so werden die Funktionäre  
nochmals zusammentreten und zur Arbeitseinstellung Stellung  
nehmen.

### Zum Tarifabschluss im Rohregewerbe.

In einer gut besuchten Versammlung am 30. September im  
Gewerkschaftshaus nahmen die Rohrer Stellung zum Ablauf des  
Tarifvertrages. Der Kollege Bernau gab zunächst einen  
Überblick vom Werden der Organisation und des Tarifvertrages im  
Rohregewerbe. Er wies daraufhin, daß nur die Einigkeit und reif-  
lose Organisation den Rohrern den Erfolg in der Vergangenheit  
verdient hat. Anknüpfend an die letzte Lohnbewegung wurde fest-  
gestellt, daß einzelne Kollegen Kausereisdienste bei den Firmen  
geschickt haben. Einmütig waren die Versammelten der Meinung,  
sich diese Kollegen bei ihrem Auftreten auf den Bauten etwas  
näher anzusehen. Zum Ablauf des Tarifvertrages wurde mit Be-  
freunden festgesetzt, daß die Unternehmer die Schreiben der Organi-  
sation ziemlich lange unbeantwortet lassen. Die Versammlung be-  
schloß, einmütig dafür einzutreten, Verbesserungen im Tarifvertrag  
durchzusetzen. Am 8. Oktober wird eine neue Versammlung im Ge-  
werkschaftshaus zu dem Verhandlungsergebnis Stellung nehmen.

### Verbandstag der Gärtner. Zweiter Verhandlungstag.

Erfurt, 28. Sept. Nach einem Referat Reinholds über den  
Stand der Rechtsfrage in der Gärtnerei und die öffentlich-rechtliche  
Betriebsverteilung wurden Richtlinien beschlossen, die die volle An-  
wendung der Gewerbeordnung auf die Gärtnerei  
fordern. Im zukünftigen einheitlichen Arbeitsrecht soll eine  
fortschrittliche Regelung angestrebt werden. Hinsichtlich der öffentlich-  
rechtlichen Betriebsverteilung wird die in der Reichsverfassung nieder-  
gelegte Parität auch in den Handels-, Gewerbe- und Landwirt-  
schaftskammern gefordert. Das Ziel der eigenen Betriebsverteilung  
ist in besonderen Gartenbaukammern mindestens für die gärtnerlich  
wichtigsten Bezirke zu erblicken. Mit besonderem Nach-  
druck wird die im Gesetzentwurf für den endgültigen Reichs-  
wirtschaftsrat geforderte bisherige Vertretung der  
Gärtnerei wieder gefordert.

Leber Gärtnerei und Schuhgoll sprach Behmann,  
der sein Referat staifisch sehr gut fundiert hatte. Er betonte die  
Wichtigkeit der Frage für das Gärtnereigewerbe und die unheil-  
vollen Folgen der Fülle für die ganze Konsumtionskraft. Eine  
Entscheidung, die sich scharf gegen die Zollpolitik wandte,  
wurde einstimmig angenommen. Dann sprach Busch über den  
Zusammenstoß der Organisationen

in Verfolg der Beschlüsse des Breslauer Gewerkschaftskongresses.  
Die Verhandlungen mit dem Deutschen Landarbeiterverband  
hätten zu keinem Resultat geführt. Der Verband der Staats-  
und Gemeindefunktionäre kam andererseits, trotz der vielen  
Grenzstreitigkeiten, infolge der Eigenart der Betriebe, nicht  
in Frage. Die Verschmelzung ist für die Gärtner keineswegs  
brennend, da der Verband, besonders in der Zeit der Inflation,  
seine Lebenskraft bewiesen hat. Wenn heute der Verschmelzungs-  
gedanke sich rege, so sei es infolge der Erkenntnis, daß nicht nur  
in organisatorischer, sondern auch in tatsächlicher Hinsicht die große  
Gewerkschaft die schlagkräftigere sei.

Für den Deutschen Landarbeiterverband sprach hierauf  
Kwasnit, der ein Kartellverhältnis zwischen den beiden Ver-  
bänden für zweckmäßig hielt, wenn einer Verschmelzung in Kürze  
noch nicht nahegetreten werde. Die anschließende Aussprache war  
sehr lebhaft. Einmütig kam zum Ausdruck, daß kein prinzipieller  
Gegner einer Verschmelzung vorhanden war. Die einstimmig an-  
genommene Entschließung stellt sich auf den Boden der Breslauer  
Resolution und erteilt der Verbandsleitung Vollmacht zu Verhand-  
lungen.

Hierauf sprach Reinhold über die Entwicklung des Lehr-  
lings- und Fachbildungswesens. Er forderte eine  
gründliche Prüfung, sowohl der Lehrverhältnisse als auch der Lehr-  
meister und brachte eine Reihe grober Mängel in den Prüfungs-  
wesen zum Vortrag. Nachdrücklich verlangte er die Einbringung  
des Reichsgesetzentwurfes über die Ausbildung Jugendlicher. Auch  
bedürfte das Fachschulwesen einer fortschrittlichen Regelung. — Die  
Aussprache brachte noch eine Reihe von Vorschlägen über bestehende  
Mängel im Lehr- und Prüfungswesen. Die Richtlinien  
Reinholds wurden einstimmig genehmigt. — Ueber die Lohn-  
und Tarifbewegungen der letzten Jahre sprach Busch,  
wobei er feststellen konnte, daß die Zahl der Streiks in den letzten  
Jahren abgenommen habe. Eine Steigerung der Löhne sei meist  
auf dem Verhandlungswege erreicht worden. Nicht überall, und oft  
infolge der Überarbeit anderer Berufe konnte der Achtstundent-  
ag gehalten werden. Das Streben müsse darnach gehen, in diesen  
Bezirken wieder den alten Zustand herbeizuführen. Die Löhne

müssen noch mehr als bisher denen anderer Berufe angeglichen  
werden, ebenfalls muß der Kost- und Wohnungszwang  
bekämpft werden.

### Ausperrung bei Siemens & Halske in Wien.

Wien, 30. September. (WIZ.) Nach etwa einwöchigem Streik  
der Arbeiter bei Siemens u. Halske hat die Fabrikdirektion ange-  
sichts des gestern gefaßten Beschlusses auf Fortsetzung des Streiks  
die Ausperrung und Entlassung sämtlicher Arbeiter und Angestellten ausgesprochen.

### Aus der Partei.

#### Fünfzig Jahre Parteiblatt.

Unser Hamburger Parteiblatt kann in diesen Tagen auf ein  
halbes Jahrhundert seiner Verarbeitung für den Sozialismus zu-  
rückblicken. Zwar trug es nicht immer den heutigen Namen  
„Hamburger Echo“, dieser ist erst 1887 unter dem Sozialistengesetz  
entstanden, nachdem das 1875 gegründete Parteiorgan verboten  
worden war und dann unter verschiedenen „neutralen“ Namen seine  
Welterexistenz zu sichern versucht hatte. Aber unter welchem Namen  
und in welcher Erscheinungsform auch immer das Blatt der Ham-  
burger Arbeiter auftrat, es war Kern und Sammelpunkt,  
es war Führer und Wegweiser der Genossen von der Vaterland-  
liebe in der Geschichte der Sozialdemokratie von jeher eine besonders  
ruhmvolle Stellung einnehmen.

Wir wünschen dem Hamburger Bruderblatt und allen Genossen,  
die an ihm mitwirken und hinter ihm stehen, für die nächsten  
50 Jahre eine gleiche Zielsetzung, wie sie in dem vergangenen  
Halbjahrhundert bewiesen, und einen weiteren gesunden Aufstieg  
im Interesse der Gesamtbewegung.

Genosse A. Stein verläßt mit dem heutigen Tage die Re-  
daktion des „Vorwärts“, um sein neues Amt als Sekretär  
im Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit anzutreten. Sein  
Nachfolger in der Redaktion ist Genosse Wolfgang Schwarz,  
der bisher am Institut für auswärtige Politik in Hamburg tätig  
gewesen ist.

Verantwortlich für Politik: Carl Reuter; Wirtschaft: Felix Ostermann;  
Gewerkschaftsbewegung: Felix Ostermann; Frauen: R. B. Böhm; Politik und  
Sonstiges: Fritz Kahlhöf; Anzeigen: Th. Glöck; Redaktion in Berlin.  
Verlag: Bornhans-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhans-Buchdruckerei  
und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.



**Die Welt ist mein  
Lohn auf jeder Tasse  
hat nicht von Kaffee mit  
Messmer's Tee.**

**A. Behm - Schwarzbachs  
Kaufmännische Privatschule**  
(Inh. F. Eggert)  
Neukölln, Anmeldung, Ganghoferstr. 1  
und Berliner Str. 83 (Privatwohnung)  
Besinn neuer 1/2-Jahres- und 1/4-Jahres-  
Lehrgänge. — Fernsp.: Neukölln 1063

**Fahrräder**  
Leichtmotofahrräder auf  
Teitzahlung  
**ZETHA**  
Oranienburger Straße 68.  
Räder werden bei Anzahlung mitgegeben.

**HUNDE**  
Katten, Papageien und alle  
Haustiere werden behandelt.  
**Tierärztliche Poliklinik**  
Chausseestraße 93  
neues Kriegervereinshaus  
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

**Ischias**  
in Hth., Gnd  
und bei, wenn  
fest, feststell.  
in 15 Tagen sind  
schwere Fälle beseitigt werden. Spezialisten  
Spezial- und Schmerz. Anst. empfohlen.  
Lerchenstraße 126, 9-11, 1-4, Sonnt. 10-12, Junke

**Drum prüfe, wer sich ewig bindet**  
Ich liefere als **Selbstersteller**  
**Trauringe**  
zu billigsten Preisen  
in den gediegensten Ausführungen  
= Ständig ca. 4000 St. auf Lager =  
Preisliste gratis  
**Nermann Wiese, Berlin** N. 21, Artilleriestr. 30  
W. Passauerstr. 12  
Es besteht werden für von mir gekaufte Ringe innerhalb eines Jahres zum vollen Preis zurückgenommen

**Hämorrhoiden?**  
Novosan-Zäpfchen und Pasta bringen Hilfe!  
zu beziehen durch alle Apotheken. Versand durch Schwann-Apothek, Dresden-R  
Berlangen Sie sofort zur **Erhaltung Ihrer Gesundheit** aufstrebende Broschüre  
und Danke schreiben kostenlos durch uns direkt  
**Walter Kießling, Dresden 21, Schützenstr. 16**  
Chem.-pharmac. Präparate.  
Bestimmt zu haben: **Apothek zum Gärten Kreis**, Berlin R 37, Rosentien-  
allee 2 Humboldt 1000. — **Gesundheits-Apothek**, Leipzig Str. 74. Am  
Dönhofsplatz. — **Gesundheits-Apothek**, 60 36, Reichsberger Str. 150. —  
**Germania-Apothek**, R 54, am Rosenhain 200. — **Aurifer-Apothek**,  
**Apothek**, W 15, Auerstr. 200. — **Stamms 3551**. — **Deifan-Apothek**,  
W 8, Leipziger Str. 98. — **Wierth 5004-5**. — **Simons-Apothek**, Berlin Mitte  
Apothek, Berlin G 2, Spandauer Straße 17, Wierth 3000-3004.

**Besonders** **billig!**  
wirksam sind die  
KLEINEN ANZEIGEN  
in der Gesamtanlage  
des „Vorwärts“ und

**Ziehung am 16. u. 17. Oktober**  
**Preuß. Staats-Lotterie**  
Höchstgewinn auf 1 Doppellose:  
**2 000 000 RM.**  
Höchst- und Hauptgewinn:  
**1 000 000 RM.**  
**500 000 RM.**  
**300 000 RM.**  
**200 000 RM.**  
1/2 1/4 1/8 1/16 Doppellose  
3.- 6.- 12.- 24.- 48.-  
Porto und Liste 25 Pfg. extra.  
**Leipziger** Staatlicher  
Berlin NW 7  
Friedrichstr. 100, am Bahnhof Friedrichstr.  
H. Geschäft:  
**NW, Goltzkowskystraße 37**  
Post-chekkonto: Berlin 21 125.

**Photoapparate, Feldstecher**  
kaufen sie gut und preiswert im  
**Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuser Damm 98**

# Preiswerte Herbst-Angebote

Unsere Leistungsfähigkeit ist bekannt

<h3>Neue Damen-Mäntel</h3> <p>Mantel aus molligen Flanell, Jugend- liche Form. . . . . M. 11.75 Mantel aus Velour-Flanell mit Falt- Baus. . . . . M. 19.75 Velour-Mantel . . . . . M. 29.75 Mantel aus Velour-Moulline Falten und sparte Knopfgarnitur . . . . . M. 24.— Astrachan-Mantel . . . . . M. 39.— Ural-Mantel . . . . . M. 58.— Biberett-Mantel . . . . . M. 58.— Seal-Plüsch-Mantel elegant ver- arbeitet, ganz auf Seide . . . . . M. 98.—</p>	<h3>Neue Kleider</h3> <p>Schotten-Kleid . . . . . M. 4.75 Cheviot-Kleid . . . . . M. 5.95 Gabardine-Kleid mit Trems und Knopfgarnitur, langer Arm . . . . . M. 14.75 Bordüren-Kleid . . . . . M. 21.— Gabardine-Frauenkleid mit weit Faltenrock, Brokatelverzier all. Größ. M. 29.— Kunstseiden-Trikot-Kleid in edelsten modernem Farben . . . . . M. 5.50 Eolienne-Kleid . . . . . M. 19.50 Sammel-Kleid sehr chic . . . . . M. 19.75</p>	<h3>Hauswäsche</h3> <p>Gerstenkorn-Handtücher m. rot. Kante, Gr. 40/100, gestickt u. geb. Stk. 75 . . . . . 58 Pf. Drell-Handtücher weiß, halblein, Größe 45/100, gestickt u. gebändert Stk. M. 1.25 Damast-Handtücher halblein, Größe 45/110, gestickt u. gebändert Stk. M. 1.45 Wischtücher kariert, gestickt und gebändert . . . . . Stk. 33 rein Leinen, Gr. 60/60, gestickt u. gebändert Stk. 95 Pf. Tischtücher halblein, mit Durch- bruch . . . . . Stk. 11.75 Tafeltücher gestreift, mit roter Kante Stk. 1.95</p>	<h3>Wollwaren - Korsetts</h3> <p>Sportwesten reine Wolle, in verschie- denen Farben . . . . . M. 5.90 Sportwesten reine Wolle, moderne Farben . . . . . M. 6.95 Kinder-Sportwesten reine Wolle, in viel. Farben Gr. 1. M. 3.95 jede weitere Größe 65 Pf. mehr Herren - Sweater hochgeschlossen, grau und marine . . . . . M. 5.95 Herren-Strickwesten braun, 1- und 2-reih. M. 6.75 Korsette aus gutem Drell, grau und moos . . . . . M. 1.75 Strumphalter-Gürtel mit Gummil- Halter . . . . . M. 85 Pf. Hüthalter aus gutem Drell mit Gummil- und 1 Paar Halter, hell- farbig . . . . . M. 1.75</p>
<h3>Kleider- u. Seidenstoffe</h3> <p>Kleider-Velour grobe Musterauswahl Meter M. 1.39 . . . . . 95 Pf. Schotten-Streifen Meter M. 1.39 Marocain reine Wolle, ca. 100 cm breit, in allen modernen Farben, M. M. 4.95 Herren-Anzug- u. Ulsterstoffe in großer Auswahl . . . . . Meter M. 7.03 5.50 Kunstseidene Schotten entprechende Neubiten . . . . . Mtr. 2.95 Damast Kunstseide mit Baumwolle, sirka 65 cm breit, für Jacken- und Mantelfutter . . . . . Meter M. 3.25 Kleiderseide doppelt breit, in allen modernen Farben, Mtr. M. 3.95 Kleidersamt gute Käper-Ware, alle Farben . . . . . Meter M. 6.75 6.90</p>	<h3>Neue Damen-Hüte</h3> <p>Jugendliche Glocke m. Bandgarnit, in versch. Farb. . . . . M. 3.90 Silkina-Hut aufgeschlag. Form u. Band in all. modernen Farb. M. 5.90 Seiden-Plüsch-Hut vorn aus ge- schlagen, mit . . . . . M. 6.90 Band garniert . . . . . M. 9.75 Großer Samt-Hut aufgeschl. Form gestreift, all. Frb. . . . . M. 9.75 Seiden-Plüsch-Hut m. breitem Band u. Gold garn M. 8.75 Samt-Hut gezogen, breite Form mit Kedel . . . . . M. 12.75 Großer Frauenhut m. schiefen schwarz, braun . . . . . M. 11.75 Modelle in großer Auswahl</p>	<h3>Trikotagen - Strümpfe</h3> <p>Normal - Hemden gute wollge- weichte Quali- tät, doppelt Brust, alle Größen . . . . . M. 2.75 Normalhemden extra schwer, wollig, dopp. Br. in Größen M. 3.75 Normalhemden gute wollgewichte Qual. alle Größ. 2.95 2.25 Angerauhete Herbst-Schlüpper prachtvolle Qual. in allen Größ. u. Farb. M. schwarz u. wein- rot . . . . . Paar 2.75 Damen-Strümpfe feinstg. Paar 38 Pf. Dam.-Strümpfe Doppelst. Hochfara, schwarz u. farb. Paar 68 Pf. Damen-Strümpfe m. Doppelst. u. Hochfara, schwarze, graue u. mod. Paar 95 Pf. Herren-Socken Seidenf. m. Doppel- st. u. Hochf. Paar 95 Pf.</p>	<h3>Gardinen - Möbelstoffe - Teppiche</h3> <p>Gardinen wunderbare Muster, Mtr. 68, 88 42 Pf. Gardinenstoff volle Breite, in reizvoller Auswahl, Mtr. 1.35, 1.15 75 Pf. Etamin ca. 150 cm breit, verschiedene Qualitäten . . . . . Mtr. 1.45, 1.15 95 Pf. Halb Stores Elatin mit englisch ge- webten Einleisern und Zwirngelton . . . . . M. 1.95 Künstler-Garnituren englisch Tuil, 2 Schale, ein Querbügel . . . . . M. 3.40 Divan-Decken hübsche Mus. in Cobe- lin, Plüsch und Ripps von ca. 150 cm breit für Polster- möbel . . . . . M. 7.50 7.50 Bezugstoffe . . . . . M. 1.95 Teppiche, Vorlagen, Verbindungs- stücke und Läuferstoffe in sehr großer Auswahl</p>

**Kaufhaus Gebrüder Leyser Wiener Str. 64**  
Am Görlitzer Bahnhof Hochbahnhofstation Oranienstraße Ecke Lausitzer Straße